

Schließung der Kinderrettungsstelle am Benjamin Franklin Klinikum

Trotz des Einsatzes des Bezirks und der Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit Carolina Böhm (SPD) für den Erhalt der Kinderrettungsstelle am Benjamin Franklin Klinikum hat die Charité am 1.7.2019 diese Kinderrettungsstelle in unserem Bezirk geschlossen. Daraufhin hat die Stadträtin Carolina Böhm sofort reagiert und die Vertreter der betroffenen Kliniken und Arztpraxen zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen. In der Folge wird durch regelmäßige Runden und gemeinsamer Evaluation die Notfallversorgung der Kinder im Bezirk sichergestellt.

Bezirkshaushalt abgelehnt

Die SPD-Fraktion hat den Bezirkshaushalt 2020/21 wegen unkalkulierbarer Risiken abgelehnt. Mit der Mehrheit von CDU und Grünen wurde er im September beschlossen. So kritisiert die SPD z.B. im Bereich Personal eine geplante Einsparung durch unbesetzte Stellen trotz dringend benötigten Personals. Zudem wollen CDU und Grüne die Mehrausgaben für ihre Projekte mit Mehreinnahmen durch Strafzahlungen an das Ordnungsamt gegenfinanzieren - dies lehnt die SPD ab.

Busspuren am Hindenburgdamm

Wie Senatorin Günther mitteilte, ist geplant, Busspuren am Hindenburgdamm zwischen Klingsor-Strasse und Händelplatz einzurichten.

Offene Mieterberatung im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf stärkt Mieter*innenschutz

Als ein neues Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger bietet das Bezirksamt ab dem 6. August 2019 eine regelmäßige offene und kostenlose Mieterberatung im Bezirk an. Die Beratung findet dienstags und donnerstags von 15-18 Uhr im Rathaus Steglitz und mittwochs von 15-18 Uhr im Rathaus Zehlendorf statt. Eine Anmeldung ist unter der Telefonnummer 293 43 10 direkt beim beauftragten Unternehmen asum GmbH erforderlich. Die Beratung erfolgt durch mietsrechtserfahrene Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und behandelt alle zivilrechtlichen Fragen rund um das Mietrecht, z.B. Modernisierungsankündigungen, Betriebskostenabrechnungen. Der verantwortliche SPD-Bezirksstadtrat Michael Karnetzki erklärt dazu: „Ich freue mich, dass die Mieterinnen und Mieter eine kostenlose Erstberatung in unserem Bezirk erhalten. Damit werden ihre Rechte gestärkt. Dies soll aber niemanden von einer Mitgliedschaft in einer Mieterorganisation abhalten. Diese Selbsthilfeeorganisationen bleiben die Basis für einen wirksamen Mieterschutz.“

Mehr Lastenfahräder

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf vermeldet die erfolgreiche Umsetzung des Beschlusses ihres Antrages „Einsatz von Lastenfahrrädern fördern“.

„Hiermit ist uns ein weiterer Schritt in Richtung nachhaltiger und umweltbewusster Mobilität im Bezirk gelungen“, freut sich Rainer Ziffels, fachpolitischer Sprecher im Ausschuss für Grünflächen, Umwelt und Bürgerbeteiligung und Vorsitzender im Gesundheitsausschuss.

Das Projekt „flotte kommunal“ ist mit der ersten kostenfreien Ausleihstation für Lastenräder im Campus Albert Schweitzer gestartet, einer der bezirklichen Jugendeinrichtungen, Am Eichgarten 14, 12167 Berlin-Steglitz.

Bis zum Frühjahr 2020 sollen weitere neun Standorte in bezirklichen Einrichtungen und gemeinnützigen Trägern folgen.

„STEMO“ gerettet

Das für die Schlaganfallversorgung im Südwesten wichtige STEMO-Fahrzeug ist gesichert! Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus setzte in der Schlussberatung zum Haushalt durch, dass die zusätzlichen Rettungswagen beschafft werden, ohne dafür die mobile Schlaganfallversorgung zu beenden. Durch zusätzliche 1,1 Mio. EUR für das STEMO am Benjamin-Franklin-Klinikum der Charité kann auch künftig die Diagnose bereits während des Einsatzes gestellt und die Lyse-Behandlung von Schlaganfallpatienten schon während der Fahrt ins Klinikum begonnen werden. Dadurch werden wertvolle Minuten gewonnen.

Eva Reitz-Reule / Martin Matz / Jörg Hennerkes

Für Lichterfelde-West im Bezirksparlament (BVV)



Eva Reitz-Reule

Themen:
Jugend, Schule, Gleichstellung.

Kontakt:
eva.reitz-reule@spd-lichterfelde.de

Bürgerdeputierte

Petra Hauschulz (Stadtplanung und Wirtschaft)
Jutta Hertlein (Grünflächen, Umwelt, Bürgerbeteiligung)
Annika Klesse (Gesundheit)
Andrea Lüderitz-Aue (Frauen und Gleichstellung)
Dominic Stingl (Stadtplanung und Wirtschaft)

Wie funktioniert Bezirkspolitik?

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden die **Bezirksverordneten** gewählt. Die 55 Bezirksverordneten bilden die **Bezirksverordnetenversammlung** (BVV). Die BVV wählt zu Beginn der Legislatur den **Bezirksbürgermeister** und die 4 Stadträte. Diese bilden zusammen das **Bezirksamt**, dem die Führung der Verwaltung obliegt.

Während die Bezirksverordneten ehrenamtlich tätig sind, sind die Mitglieder des Bezirksamts hauptberufliche Beamte auf Zeit.

Zur Wahl des Bürgermeisters bildet sich in der Regel eine **Zählgemeinschaft** aus mehreren Fraktionen. Diese besteht

in Steglitz-Zehlendorf aus CDU und Grünen. Die Bezirksstadträte hingegen verteilen sich auf alle Fraktionen (je nach Größe).

Während das Bezirksamt die Verwaltung leitet, dient die Bezirksverordnetenversammlung zur Kontrolle der Verwaltung. Daher beziehen sich Beschlüsse auch nur darauf, das Bezirksamt um Anliegen zu "ersuchen" oder über die BVV Anfragen zu stellen. Die BVV ist also – im Gegensatz zu einem Parlament – nicht gesetzgebend, aber maßgeblich für die Gestaltung unseres Bezirks verantwortlich. Das Bau-recht ist in Berlin übrigens Aufgabe der Bezirke.

www.spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Liebe Leserin, lieber Leser!

haben Sie in den letzten 5 Jahren eine Mietwohnung suchen müssen? Wenn nicht, ist Ihnen viel Stress erspart geblieben. Auch ich habe es mit einem Familienmitglied im vergangenen halben Jahr erlebt: Massenbesichtigungen mit über 100 Menschen zum Beispiel – und wenn es weniger waren, dann nur, weil die Anbieter die Onlineanzeigen nach wenigen Stunden wieder offline stellen, damit der Besichtigungstermin nicht die Dimension einer Facebookparty bekommt. Und wenn man mit den anderen Interessierten ins Gespräch kommt, spürt man durch die sarkastischen Bemerkungen hindurch die Verzweiflung: Das 2. Kind ist unterwegs, aber die Wohnung zu klein, oder der Weg zur neuen Arbeit ist fast 2 Stunden, aber keine näher gelegene Wohnung zu finden.

Ich finde es jedenfalls nachvollziehbar, dass die Rot-rot-grüne Koalition in Berlin auch bereit ist, einen ungewöhnlichen Weg zu gehen und die Mieten für fünf Jahre zu deckeln, damit die Stadt so lange Luft holen kann, bis mehr Wohnungen zur Verfügung stehen. Nächstes Jahr ist Baubeginn für 2.600 Wohnungen in Lichterfelde-Süd zum Beispiel. Weil der Deckel Neuland ist, steht der Gesetzentwurf unter dem Risiko, dass erst Gerichte entscheiden werden, ob Berlin als Bundesland diese Regelungen treffen durfte. Die Berliner Politik versucht es gleichzeitig mit dem Bauen neuer Wohnungen, dem Kaufen weiterer Bestände durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und dem Deckeln der Miethöhe für eine Übergangszeit. Der Wohnungsbau braucht von der Baugenehmigung bis zur Bezugsfertigkeit leider seine Zeit, Ökonomen sprechen von mangelnder Angebotselastizität.

Politik muss sich angesichts der Lage für viele Menschen in unserer Stadt auch etwas trauen. Und Neuland betreten. Einen besseren Weg sehe ich zumindest für die Probleme am Wohnungsmarkt nicht. Und Sie? Sehen Sie einen anderen Ausweg? Schreiben Sie uns oder sprechen Sie uns an!
Herzliche Grüße

Ihr Martin Matz
Vorsitzender SPD Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

„Herzlich Willkommen!“

Auf einem abgetrennten Gelände des Bundesarchivs, Finckensteinallee 41, wurde im Spätherbst 2017 eine kleine Wohnanlage für aus Krisengebieten geflüchtete Familien eröffnet.



Die Unterkunft für rund 200 Menschen an der Finckensteinallee.

Heute leben hier 219 Menschen aus vier Kontinenten, darunter 70 Kinder. Sie alle haben einen unterschiedlichen Schutzstatus. Die kleinen weißen Häuser haben Schlafzimmer, Aufenthaltsräume und jeweils eine kleine Küche. Die Anlage erscheint dem Besucher wie ein kleines lebendiges Dorf. Wäsche baumelt vor den Fenstern. Fröhliches Lachen schallt vom eigenen Kinderspielfeld herüber. Gleich nach dem Eingang befinden sich in einem eigenen Teil der Häuser Räume für die Verwaltung, Räume für Ehrenamtliche und Schulungsräume.

Die Geflüchteten leben heute eingebettet in die Nachbarschaft von Lichterfelde West. „Wir freuen uns, problemlos im Bezirk, beim Ehrenamt und in der Nachbarschaft angekommen zu sein“, stellt der Leiter der Einrichtung, Frank Gips, fest.

Die Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete wird vom Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) betrieben. Hierfür stehen sechs Stellen für Festangestellte zur Verfügung. Ca. 50 Ehrenamtliche tragen die umfangreichen Betreuungsaufgaben mit. Alle schulpflichtigen Kinder gehen zur Schule. Für die jüngeren Kinder stehen auch hier leider nicht ausreichend Kitaplätze bereit. So planen die Betrei-

ber, eine eigene Kita auf dem Gelände einzurichten. Sprachkurse werden von der Volkshochschule und anderen Bildungsträgern angeboten. Das eigene Sprachcafé gibt den Bewohnern Gelegenheit, die erworbenen Sprachkenntnisse untereinander anzuwenden.

Ehrenamt gesucht

Und es werden weiterhin Menschen gebraucht, die hier ehrenamtlich mithelfen wollen. Informationen hierzu werden im kleinen Büro auf dem Gelände gegeben. Für einzelne Projekte wie z.B. Nachbarschaftsprojekte oder für die Anlage eines Kunstrasenplatzes werden Fördermittel vom Land Berlin oder vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf erworben. Aber das Geld ist ja trotzdem immer knapp. Der Betreiber ist auch hier von Sparmaßnahmen des Senats betroffen. Deshalb wären die Betreiber der Gemeinschaftsunterkunft für Geldspenden aus der Bevölkerung oder von Unternehmen immer dankbar.

Die Familien in der Gemeinschaftsunterkunft fühlen sich willkommen in Lichterfelde West. Die Nachbarschaft ist herzlich willkommen zum Besuch in der Gemeinschaftsunterkunft. Voranmeldung ist allerdings notwendig.

Jörg Hennerkes

Neue Leitlinien für die Berliner Hochschulpolitik

Exzellenzstatus der Berliner Universitäten und Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts

Am 19. Juli wurde entschieden, dass die „Berlin University Alliance“ von FU, TU und Humboldt-Universität im Finale der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern die Spitze mit zehn weiteren herausragenden Universitäten errungen hat. Damit bekommen die drei Berliner Universitäten in den nächsten Jahren weitere rund 3 Millionen jährlich für ihre Forschungen. Damit kann Berlin seine Spitzenposition im deutschen Wissenschaftssystem weiter ausbauen. Unabhängig davon haben sich die Berliner Koalitionsparteien auf „Hochschulpolitische Leitlinien für die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes“ verständigt.

2019 ist „Wissenschaft“ in Berlin als Ausdruck der Zukunftsfähigkeit der Stadt schon beinahe ein Allgemeinplatz. Tatsächlich hat die SPD Berlin sich mit ihren Beschlüssen spätestens 2007 endgültig von der Ideologie der Privatisierung der Wissenschaften und des Kürzens und Stellenstreichens der Berliner Wissenschaftslandschaft verabschiedet. Ab 2009 wurde auch die finanzielle Absicherung einer solchen Politik in die Wege geleitet. Aus der Beendigung des Abbaus wurde die Konsolidierung und schließlich der allmähliche Aufwuchs der Berliner Wissenschaftslandschaft. Diese gewollte

Entwicklung war und ist mit den sog. Hochschulverträgen verbunden. Deren Funktionsweise hat der SPD Fachausschuss Stadt des Wissens, der deren Entwicklung maßgeblich betrieben, so beschrieben hat:

„Die staatliche Verantwortung für die Hochschulen nimmt das zuständige Senatsmitglied im wesentlichen mit Hilfe von Zielvereinbarungen/ Rahmenverträgen wahr, die für mehrere Jahre abgeschlossen werden und die der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bedürfen. Diese Verträge sind als Ziel- und Leistungsvereinbarungen auszugestalten.“

Daueraufgaben mit Dauerstellen

Deren gesetzliche Absicherung ist konsequenterweise ein Punkt der anstehenden Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes, auf die sich die drei Koalitionsparteien verständigt haben. Das gleiche gilt für die Absicherung der von mehreren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gemeinsam getragenen Einrichtungen, die auch für die umfangreichen Erfolge bei den sog. Exzellenzwettbewerben eine immer größere Rolle einnehmen.

Zentrale Ziele der SPD und der Koalition insgesamt sind jedoch die gesetzlichen Änderungen für die Verbesserung

der Arbeitsverhältnisse und die Schaffung einer gerade auch für die Beschäftigten zukunftsfähigen Personalstruktur. „Daueraufgaben sollen auch auf Dauerstellen geleistet und Berufswege in der Wissenschaft durchlässig und vor allem planbar werden.“

Gebührenfreiheit und neue Studien

Und auch auf die gesetzliche Sicherstellung qualitativ hochwertiger gebührenfreier Studienbedingungen und Abschlüsse konnten sich die Koalitionsparteien verständigen. Dabei soll auch das langgehegte Ziel der SPD, Orientierungsstudien und ein Studium Generale für alle zu ermöglichen gesetzlich abgesichert werden.

Der nachhaltige weitere Ausbau der Wissenschaftslandschaft in Berlin wird für den Südwesten der Stadt und gerade auch für uns in Lichterfelde nicht nur durch die Sicherung der Standorte und die Schwerpunktsetzungen etwa in der Gesundheits- und Umweltforschung, sondern auch durch die Verstärkungen der Verankerung der Wissenschaften in der Gesellschaft positive Impulse setzen.

Matthias Trenczek ist Sprecher des SPD Fachausschusses Stadt des Wissens und Mitglied der SPD Lichterfelde West.

Bezirks ABC B wie Bürgerbeteiligung

An dieser Stelle wollen wir zukünftig in loser Folge Begriffe aus der Arbeit der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Steglitz-Zehlendorf, unserem Gemeindeparlament, erläutern

In der BVV sitzen die von den Bürger*innen gewählten Kommunalpolitiker*innen. Sie sind unsere Vertreter in den politischen Gremien des Bezirks. Die einzelnen Bürger*innen können sich aber auch unmittelbar am politischen Entscheidungsprozess beteiligen. Beteiligung im Bezirk von Bürger*innen spielt eine wichtige Rolle, damit Bedürfnisse erkannt, Anliegen umgesetzt werden können und somit auch Engagement gelebt wird.

Regelmäßig tagt die BVV in Plenarsitzungen. Diese Sitzungen sind öffentlich und sie beinhalten auch eine Einwohnerfragestunde. Hierbei können Einwohner*innen spezifische und kurze Fragen zu einem konkreten Anliegen stellen. Diese müssen vorher im BVV-

Büro eingereicht werden. Eine weitere Möglichkeit der Beteiligung in der BVV stellen sogenannte Einwohneranträge dar. Wichtig ist dabei, dass ein solcher Antrag allerdings erst dann zulässig ist, wenn er von 1000 Einwohner*innen des Bezirks unterschrieben wurde. Hier müssen bestimmte formale Voraussetzungen berücksichtigt werden.

In der letzten Ausgabe von „Wir in Lichterfelde“ wurde bereits die Arbeit der BVV innerhalb der Ausschüsse vorgestellt. Die meisten Ausschüsse tagen öffentlich und können somit auch von interessierten Bürger*innen besucht werden. Eine Ausnahme bildet der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden. Jede*r Bürger*in kann Anliegen an diesen Ausschuss richten, muss auch diese aber vorher im BVV-Büro anmelden. In den Ausschüssen gibt es außerdem Bürgerdeputierte, die stimmberechtigt mitarbeiten. Sie werden von den Fraktionen vorgeschlagen und durch die BVV gewählt. Dafür ist weder eine

Parteimitgliedschaft noch die deutsche Staatsangehörigkeit notwendig. Fachliche Kenntnisse in dem Gebiet des Ausschusses genügen.

Durch ein Bürgerbegehren und einen eventuell darauf folgenden Bürgerentscheid besteht außerdem die Möglichkeit, direkt an den demokratischen Entscheidungen auf Bezirksebene mitzuwirken. Auch hier gelten spezifische Voraussetzungen.

Hier wird deutlich, dass auch in Steglitz-Zehlendorf bürgerschaftliches Engagement für die Gesellschaft eine große Bereicherung darstellt. Dies kann nicht nur durch regelmäßige ehrenamtliche Aufgaben geschehen, wie beispielsweise in einer Kirchengemeinde, einem Verein oder einer anderen Organisation mitzuwirken, sondern auch über die Wege der kommunalen Politik – regelmäßig oder auch nur einmalig für ein konkretes Anliegen.

Sophie Reule

Treuhänder für Schrottimmoblie

Endlich geht es voran! Seit über 15 Jahren lässt der Hausbesitzer sein Mietshaus Gardeschützenweg 3, Ecke Hindenburgdamm, verfallen.

Mit Planen abgedeckte Teile des Daches, offene Fenster oder bröckelnde Fassaden lassen den Zerfall des Hauses deutlich erkennen. Erahnen kann man nur, wie es drinnen aussieht. Ein Schutz-tunnel auf dem Gehweg für die Fußgänger, ein Sicherungszaun und weitere Sicherungsmaßnahmen waren dem Hausbesitzer bereits aufgegeben worden. Alle Druckmittel wie Zwangsgelder über 10.000 Euro und 20.000 Euro konnten den Besitzer nicht zu einer Sanierung seines Hauses bewegen. Somit verfällt das Haus seit Jahren immer weiter. Damit wird auch an dieser Stelle mit dem Leerstand dringend benötigter Wohnraum entzogen. Mit der Ergänzung des Gesetzes zum Verbot von Wohnraum-Zweckentfremdung wurde nun im vergangenen Jahr für den Bezirk die Möglichkeit geschaffen, einen Treuhänder einzusetzen. Dieses prüft zur Zeit der Bezirk. Der Treuhänder soll das Haus sanieren und die Wohnungen vermieten. Ein solches Verfahren zur Verwaltungsvollstreckung wird erstmalig in Berlin angewendet. Zunächst muss der Bezirk aber ein Gutachten vergeben, um den Sanierungsaufwand und –kosten festzustellen. Die insgesamt entstehenden Kosten müssen dann vom Treuhänder und vom Land Berlin ausgelegt werden, da der Bezirk mangels Mitteln dazu nicht in der Lage ist. Finanzsenator Kollatz (SPD) hat bereits seine Bereitschaft erklärt, diese Mittel



vorzustrecken. Letztlich muss aber der Eigentümer für alle Kosten aufkommen. Es muss aber damit gerechnet werden, dass der Besitzer gegen dieses Verfahren gerichtlich vorgehen wird. Wann mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, ist also zur Zeit nicht vor-ausschbar.

Es gibt in diesem Zusammenhang einen interessanten Aspekt am Rande: Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf, der Rechtsanwalt Torsten Hippe, hatte in der Vergangenheit den Hausbesitzer anwaltlich

vertreten. Eine Unterstützung des Bezirksamtes in diesem Verfahren durch Hippe, ist jedenfalls nicht erkennbar.

Stadtrat Michael Karnetzki (SPD) berichtete in der Bezirksverordnetenversammlung, dass das Wohnungsamt bereits in 366 Fällen Verfahren wegen Leerstände von Wohnungen eröffnet hat. In der Mehrzahl endeten die Verfahren mit Bußgeldzahlungen. „Wir sind nicht bereit, das tatenlos hinzunehmen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und Eigentum verpflichtet“, stellte Karnetzki fest.

Jörg Hennerkes

Impressum / Kontakt

Herausgeberin:
Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)

Internet:
www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe!

Fotos: Jörg Hennerkes / Redaktion

Klimaneutral gedruckt.

STRABEN IN LICHTERFELDE: Ludwig-Beck-Platz

Nur ein paar Meter abseits des lebhaften Hindenburgdamms, umringt von Augusta-, Holbein- und Moltkestraße, liegt der Ludwig-Beck-Platz. Zu allen Seiten mit historischen Laternen bestückt, befinden sich in der Mitte des Platzes abwechselnd Sitzgelegenheiten und Blumenbeete, in denen jeweils ein Baum wächst. Hier lässt es sich im Sommer besonders gut mit einem Kaffee oder einem Eis von dem kleinen Kiosk sitzen, welcher sich an der westlichen Ecke des Platzes befindet.

Besonders aber fällt auf dem nach dem Generaloberst und Widerstandskämpfer des 20. Juli benannten Ludwig-Beck-Platz der zentrale Brunnen auf, welcher an seiner Spitze mit den Wappen von Steglitz, Lichterfelde und Lankwitz geschmückt ist.



Immer samstags findet auf dem Platz ein kleiner Markt statt, bei dem neben frischem Gemüse auch Honig aus eigenem Anbau, frischer Fisch und Blumen oder frische Brötchen erstanden werden können. Dieser Markt hat in den letzten Jahren stark an Besucherzahlen nachgelassen, doch es gibt viele Bemühungen, ihn wieder zu einem Ort der Begegnung in unserem Kiez zu machen.

Lukas Lönnendonker